

werden während der Vorbereitung auf die Erste Kommunion Konferenzen mit den Eltern der Kinder abgehalten. Der Themenkreis Ehe und Familie wird zum Teil auch in speziellen Stunden für die Kinder parallel zum Katechismusunterricht behandelt, die nicht von der Katechetin, sondern von speziell für diese Problematik vorbereiteten kirchlichen Mitarbeitern gehalten werden. Das Familienleben ist auch häufig Thema bei den von kirchlichen Stellen oder Mitarbeitern organisierten Wanderungen oder Lagern unter Leitung von Priestern. Sie sind besonders unter der Jugend beliebt, werden von den Behörden ungern gesehen und manchmal als Verstoß gegen das Versammlungsgesetz geahndet. In letzter Zeit läßt man die Kirche eher gewähren. Es deutet darauf hin, daß Polen mit der Zeit die gleiche Entwicklung der Fa-

milie erlebt wie andere europäische Länder, allerdings ist der traditionelle Zusammenhang zur Zeit noch stärker als zum Beispiel in der Bundesrepublik. Erschwerend kommen in Polen noch äußere Bedingungen hinzu, die von den Bischöfen häufig kritisiert werden. In den Städten sind 75% der Frauen mit Kindern unter 18 Jahren berufstätig. Viele Frauen würden auf die Berufstätigkeit gerne verzichten und sich mehr der Familie widmen, aber mit nur einem Gehalt läßt sich bei den niedrigen Durchschnittseinkommen von rund 5000 Zloty (100 Zloty = 16 D-Mark) keine Familie ernähren. Die schlechte Versorgung in den Läden und zeitraubendes Schlangestehen sind für die berufstätigen Mütter eine weitere Belastung. Auch wenn sie schon Kinder haben, müssen junge Ehepartner noch häufig bei ihren El-

tern oder irgendwo in einem sehr teuren möblierten Zimmer wohnen. Zwei Drittel der jungen Paare hat keine eigene Wohnung. Die Hälfte davon lebt bei den Eltern eines Ehepartners. Oft wohnen Mann und Frau aus Wohnungsmangel auch nach der Eheschließung getrennt. Die Kirche ist in Polen zwar weiter eine starke moralische Autorität – doch an der Schwelle zum intimen, persönlichen Leben der einzelnen scheint diese Autorität mit der Wanderung vom Dorf in die Stadt abzubrockeln. Scheidungsraten und Abtreibungen sind in den beiden letzten Jahren leicht zurückgegangen. Neben den staatlichen Maßnahmen zur Förderung der Familie mag auch der religiöse Impuls eine Rolle gespielt haben, die die Wahl und der Besuch von Papst Johannes Paul II. in Polen ausgelöst hat.

R. M.

Entwicklungen

Jugend zwischen Integration und Distanz

Zu einer Studie über politische Einstellungen Jugendlicher

Das Raisonement über das Verhältnis der Jugendlichen zu Politik, Staat und Gesellschaft – natürlich auch zur Kirche – gehört zu den Lieblingsbeschäftigungen von allen, die sich mit Zeitanalyse im weitesten Sinn des Wortes befassen. Insofern Zeitanalysen, wenn sie nicht kurzfristig sein wollen, immer auch zukunftsbezogen sein müssen, versteht sich das beinahe von selbst. Denn Extrapolationen in die Zukunft sind nur möglich, wenn verlässliche Urteile darüber ermittelt werden können, wohin diejenigen tendieren, die in wenigen Jahren die Tagesordnung bestimmen werden. Aussagen über die mittel- und langfristige Stabilität oder Instabilität eines Gemeinwesens sind immer gebunden an Erkenntnisse über Trends und Entwicklungen innerhalb der jungen Generation.

Da Strömungen innerhalb der jungen Generation noch diffuser sind, als Zeitströmungen ohnehin zu sein pflegen, sind die Urteile über sie entsprechend kontrovers. Das läßt sich an der gegenwärtigen Vielzahl von Analysen der jun-

gen Generation gut demonstrieren. Je nach Standort (oder Wunschvorstellung) des Analysierenden geben sie einander widersprechende Bilder: da ist von der Gefahr der „Selbstausbürgerung“ der jungen Generation (*Kurt Sontheimer*) die Rede oder von ihrer Überanpassung an die Verhältnisse; da wird ungewöhnliche ethische und soziale Sensibilität konstatiert oder ein erstaunliches Maß an selbstverliebter Gleichgültigkeit.

Besonders ausgeprägt findet sich diese Widersprüchlichkeit der Einschätzungen, wo es um die politischen Haltungen und Einstellungen der Jugendlichen geht: die Bandbreite reicht – je nach eigenem politischen Interesse und nach eigener Zufriedenheit mit dem System – von der Aussage, die Jugendlichen seien rundum in ihre politische und gesellschaftliche Umwelt integriert, nur die Analytiker seien „frustriert“, bis zur These, die Distanz der meisten Jugendlichen zum Gemeinwesen sei im Begriff, sich zu Fremdheit und Verständnislosigkeit auszuwachsen.

In dieser Lage verdient eine Studie Aufmerksamkeit, die das sozialwissenschaftliche Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung erstellt hat (S. Hansen, H.-J. Veen, Jugend mit politischer Distanz). Sie beruht auf Ergebnissen einer Repräsentativ-Befragung, die das EMNID-Institut von Ende Mai bis Mitte Juni 1979 im gesamten Bundesgebiet einschließlich West-Berlins bei Jugendlichen zwischen 14 und 21 Jahren durchgeführt hat. Gegenstand der Untersuchung waren die politischen Einstellungen und Haltungen Jugendlicher. Bei einer Reihe von Fragestellungen wurden die Ergebnisse verglichen mit den Daten einer ähnlichen Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung vom Jahr 1974, wodurch manche aufschlußreiche Entwicklungslinie sichtbar wird.

Hohes Maß an allgemeiner Zustimmung

Auf den ersten Blick sehr beruhigend sind die Antworten auf Fragen bezüglich der Einschätzung des politischen Systems der Bundesrepublik. Im einzelnen wurden die allgemeine Systemzufriedenheit, die Einstellung zum Leistungsprinzip und die generelle Beurteilung der Parteien erhoben.

Die *allgemeine Systemzufriedenheit* weist dabei eine deutliche Steigerung gegenüber 1974 auf. Die Aussage „sehr zufrieden“ steigerte sich durchschnittlich von 9,9 auf 21,2% (während die Aussage „einigermaßen zufrieden“ von 1974 72,3% auf 1979 67,3% nur leicht zurückging); gleichzeitig wurde aber die Aussage „nicht zufrieden“ erheblich seltener (9,7%) gemacht als 1974 (17,2%).

Interessant ist, was man im einzelnen an der Verwirklichung der Demokratie in der Bundesrepublik gut findet. Hier lag der Schwerpunkt der Antworten mit 57% eindeutig bei den Grundrechten des Bürgers. Besonders häufig wurden die Meinungsfreiheit (23%), die persönliche Freiheit (14%) und die Freiheit allgemein (6%) genannt. Das aktive und passive Wahlrecht folgt erst mit großem Abstand (11%). Erst dahinter kommen die staatlichen Leistungen mit 6%. Erstaunlicherweise fallen die Prinzipien der Demokratie (Mehrheitsprinzip, Gewaltenteilung, Einfluß des Bürgers) sowie das Parteien- und Parliamentssystem fast überhaupt nicht ins Gewicht. Auf die negative Frage „und was finden Sie an der Demokratie schlecht?“ äußerten sich nur 46% (bei der positiven Fragestellung dagegen 75%). Bei der Kritik steht die Verletzung der Grundrechte durch den Staat an erster Stelle (16%), wobei die Einschränkung der Berufswahl (Numerus Clausus, Extremistenbeschluß) mit 7% den Hauptanteil einnimmt. An zweiter Stelle folgt die Kritik an der staatlichen Leistungsfähigkeit mit 12%, wobei vor allem die unzureichende Verwirklichung politischer Beschlüsse beanstandet wird.

Das *Leistungsprinzip* befürworteten insgesamt 73% der befragten Jugendlichen, während 25% Ablehnung bekundeten. Auffallend ist, daß von den 17% Befragten, die angaben, sich in Schule oder Beruf überfordert zu fühlen

(unter ihnen mehr Frauen als Männer und mehr Schüler als Berufstätige), knapp 60% das Leistungsprinzip als solches dennoch bejahen. Es kann nicht überraschen, daß linke Jugendliche bezüglich des Leistungsprinzips viel ablehnender reagieren als Rechtsorientierte (von den extrem Linken sind 48,7%, von den gemäßigt Linken 31,7% dagegen; von den gemäßigt Rechten nur 12,9% und von den extrem Rechten nur 13,4%).

Nach ihrer Begründung für Befürwortung oder Ablehnung gefragt, führten die meisten Jugendlichen für die Bejahung den Belohnungsaspekt ins Feld („wer viel arbeitet, soll auch belohnt werden“); das galt für die eher links orientierten Jugendlichen noch stärker als für die eher rechts orientierten. Der zweithäufigste Grund für die Bejahung war der Aspekt der Gerechtigkeit; erst deutlich dahinter folgte der Gesichtspunkt „Leistung als Befriedigung“. Als Begründung für die negative Äußerung zum Leistungsprinzip wurde am häufigsten die Meinung angegeben, das Leistungsprinzip stehe im Gegensatz zum Anspruch auf Gleichbehandlung aller Menschen (40% der Meinungen). 16% der Befragten mit ablehnender Haltung sehen das Leistungsprinzip im Gegensatz zur individuellen Freiheit und Selbstverwirklichung des Menschen. Für 15% verträgt es sich nicht mit der sozialen Gerechtigkeit. Der Gedanke, daß sozialer und staatlicher Ausgleich bzw. Unterstützung der Schwächeren nur aufgrund erbrachter Leistung möglich ist, scheint überraschenderweise weder bei der Gruppe der Bejahenden noch bei der Gruppe der das Leistungsprinzip Ablehnenden eine nennenswerte Rolle für ihre Entscheidung gespielt zu haben.

Die *allgemeine Einstellung zu den Parteien* wurde anhand von verschiedenen Behauptungen untersucht, denen die Jugendlichen – in Graden gestuft – zustimmen oder die sie ablehnen konnten. Dabei stellte sich im großen und ganzen eine eher zustimmende als ablehnende Haltung der Jugendlichen gegenüber den Parteien heraus. Bei der Aussage „die Parteien vertreten die Bundesbürger insgesamt recht gut“ ist, besonders bei den Präferenten der großen Parteien, ein recht hoher Zustimmungswert gegeben, während die Präferenten der Umweltparteien sehr viel zurückhaltender reagieren. Die Aussage, daß in den Parteien nur „gemauschelt“ werde, trifft auf schwache Ablehnung. Die Behauptung, daß die Parteien sich wesentlich in ihrer Zielsetzung unterscheiden, wird von den Präferenten aller etablierten Parteien ungefähr gleich schwach bejaht (von den FDP-Anhängern etwas schwächer). Zu der These, die Parteien würden keine Zukunftsorientierung mehr bieten, äußern sich die Präferenten der im Bundestag vertretenen Parteien leicht ablehnend; in gleichem Maße stimmen ihr dagegen die Anhänger der Umweltparteien zu.

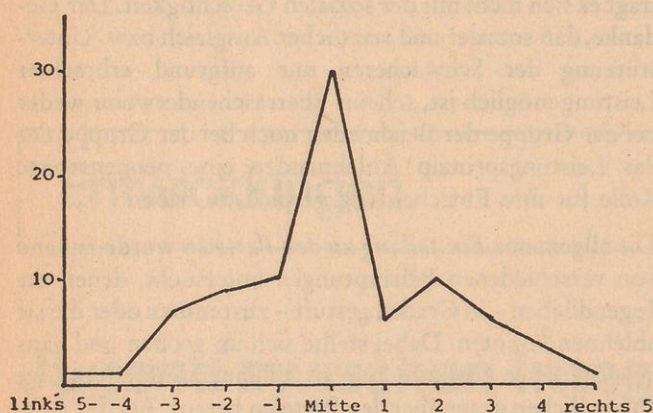
Präferenz für die politische Mitte

Eines der auffallendsten Ergebnisse der Untersuchung ist, daß sich mit weitem Abstand die meisten Jugendlichen politisch in der Mitte einordnen. Die befragten Jugendli-

chen wurden gebeten, ihren eigenen politischen Standort auf einem Links-Rechts-Kontinuum zu definieren. Das Ergebnis ist eindeutig.

Die Tendenz zur Mitte ist im wesentlichen – wenn auch leicht abgeschwächt – gegenüber 1979 unverändert geblieben. Dagegen hat sich bei der Neigung zu extrem linken Positionen seit 1974 ein Rückgang von fast 10 Prozentpunkten ergeben (von 19,0 auf 9,3%), wobei auffällt, daß bei der Differenzierung nach dem Geschlecht der 1974 noch gegebene erhebliche Unterschied zwischen männlichen und weiblichen Befragten praktisch vollständig nivelliert ist. Tendierten 1974 die männlichen Befragten überdurchschnittlich, die weiblichen dagegen deutlich unterdurchschnittlich nach extrem links, so bewegen sich jetzt beide um den Durchschnitt herum. Bei der extrem rechten Position hat sich gegenüber 1974 – auf wesentlich niedrigerem Niveau als bei der linken – praktisch keine Änderung ergeben. Sie ist auf dem Stand von 1974 geblieben, wobei die Neigungen der männlichen Befragten hier größer, die der weiblichen aber eindeutig geringer geworden sind.

Die Links-Rechts-Einstufung der Jugendlichen 1979



Bezüglich der *Einschätzung der Parteien auf dem Links-Rechts-Kontinuum* ergibt sich aus der Studie ein Bild, das für die Koalitionsparteien nahe an ein Wunschbild herankommt, während es bei den Unionsparteien eigentlich Beunruhigung auslösen mußte. Die CDU rangiert auf einer 5-Punkte-Skala ca. 2 Punkte rechts vom Befragten-durchschnitt. Auch potentielle CDU/CSU-Wähler stufen die CDU durchschnittlich um 0,9 Punkte rechts von ihrer eigenen Position ein. Die SPD wird im allgemeinen links eingestuft (durchschnittlich bei 1,53), aber nicht so weit links wie die CDU auf der rechten Seite der Skala (2,16). Damit ist der Abstand des Durchschnitts aller Befragten von der SPD deutlich geringer als der von der CDU. Die CSU wird mit insgesamt fast 3 Punkten sehr deutlich weiter rechts eingestuft als die CDU, sogar relativ übereinstimmend von den Anhängern aller etablierten Parteien. Damit hat die CSU den weitaus größten ideologischen Abstand von der Gesamtheit der befragten Jugendlichen. Die Unionsparteien haben nach Einschätzung der Befragten insgesamt eine größere ideologische Distanz

zu den Jugendlichen als die Koalitionsparteien. Dies gilt sogar für viele Jugendliche, die selber die Unionsparteien wählen wollen.

Die FDP wird im allgemeinen ganz schwach links eingestuft, wobei unentschlossene und CDU/CSU-Wähler sie als etwas weiter links empfinden als der Durchschnitt der Befragten. Da die Jugendlichen ihre eigene Position vorwiegend in der Nähe der Mitte ansiedeln, ergibt sich eine entsprechende ideologische Nähe der Befragten zur FDP. Den Präferenzen der Umweltsparteien steht die FDP vergleichsweise nicht so nahe; ihnen gilt sie eher als rechts denn als links.

Die *Neigung zu einer bestimmten Partei* hat nach der Studie bei Jugendlichen seit 1974 erheblich, wenn nicht dramatisch nachgelassen. Hatten sich 1974 noch 65,6% zu einer der drei im Bundestag vertretenen Parteien hingezogen gefühlt, so waren es 1979 nur noch 39,6% der befragten Jugendlichen. Ohne Neigung zur irgendeiner Partei waren 1974 30,3%, 1979 53,7%. Die Sympathieabkühlung betrifft alle Parteien. SPD und CDU haben jeweils ein Drittel der Identifikationsbereitschaft der Jugendlichen einge-

Befragte	SPD	CDU/ CSU	F.D.P.	NDP	DKP	Umwelt- partei
<i>1974</i>						
insgesamt	38,0	28,8	23,3	0,9	4,7	—
männlich	37,0	29,4	23,0	0,8	6,1	—
weiblich	39,2	28,1	23,5	1,0	3,2	—
15 Jahre	38,5	30,9	22,7	1,1	2,2	—
16–17 Jahre	40,1	30,7	20,2	0,8	3,7	—
18–19 Jahre	34,2	29,9	26,9	0,9	4,3	—
20–21 Jahre	38,2	26,7	20,4	1,2	7,1	—
<i>Rechts-Links-Kontinuum</i>						
extrem links	45,0	1,6	8,5	0,8	36,4	—
gemäßigt links	53,6	8,6	29,6	0,8	4,9	—
Mitte	31,1	34,3	26,0	1,0	1,1	—
gemäßigt rechts	22,9	58,0	15,9	0,7	0,2	—
extrem rechts	22,2	57,8	13,3	4,4	0,0	—
<i>1979</i>						
insgesamt	38,1	29,8	11,4	0,4	1,0	4,1
männlich	37,6	30,9	11,7	0,7	1,4	4,3
weiblich	38,9	28,6	11,2	0,1	0,6	4,0
14–15 Jahre	37,0	33,0	8,9	±	0,0	3,4
16–17 Jahre	36,2	30,0	12,3	±	±	4,7
18–19 Jahre	38,5	28,3	12,1	±	±	4,3
20–21 Jahre	42,4	27,7	12,7	±	±	3,8
<i>Rechts-Links-Kontinuum</i>						
extrem links	64,2	3,2	8,0	—	—	8,6
gemäßigt links	56,6	8,7	10,3	—	—	6,5
Mitte	34,2	27,5	17,4	—	—	3,1
gemäßigt rechts	19,8	60,8	9,6	—	—	2,1
extrem rechts	25,7	59,2	4,5	—	—	3,4
<i>Schichtzugehörigkeit</i>						
Arbeiterschicht	43,5	26,7	6,7	—	—	3,8
untere Mittelschicht	39,1	29,2	12,7	—	—	4,2
obere Mittelschicht	33,7	32,9	13,3	—	—	3,8
Oberschicht	32,6	32,6	8,7	—	—	8,7

büßt (Rückgang bei der SPD von 32,6 auf 21,4%, bei der CDU/CSU von 21,7 auf 14,7%), während sich bei der FDP geradezu ein Einbruch ergibt (Rückgang von 11,3 auf 3,5%). Dagegen kommen die Umweltgruppen (die Grünen als Partei gab es zum Zeitpunkt der Umfrage noch nicht) auf beachtenswerte 5,7%, die angesichts der insgesamt zurückgegangenen Identifikationsbereitschaft um so auffallender ist.

Ein für die etablierten Parteien wesentlich günstigeres Bild ergibt die Bundestagswahl-Simulation. 80% der Jugendlichen äußerten Wahlabsichten für die drei Bundestagsparteien (gegenüber 1974 ist ein Rückgang um 10% zu verzeichnen). Die Positionen von CDU/CSU und SPD haben sich kaum verändert, während die FDP eine Halbierung ihrer potentiellen Jungwählerstimmen hinnehmen mußte. Die Umweltparteien kommen auf nennenswerte 4 Prozentpunkte, wobei sich unter der Sammelkategorie „Anderere“ mit einiger Sicherheit auch zahlreiche Sympathisanten der Umwelt- bzw. Alternativ-Bewegung verbergen (7,6%).

Bei der Unterscheidung nach dem ideologischen Standort ist auffallend, daß sich linke Jugendliche zu einem überaus großen Anteil den Koalitionsparteien, vor allem der SPD zuwenden, während sich die rechtsorientierten Jugendlichen nicht in gleicher Größenordnung für die Unionsparteien entscheiden. Eine relativ große Gruppe rechts orientierter Jugendlicher votiert bei der Wahl-Simulation für die SPD. Sogar extrem rechts eingestellte Jugendliche gaben noch in beträchtlichem Umfang Wahlabsichten zugunsten der SPD zu erkennen. Die Distanz zwischen den linken Jugendlichen und den Unionsparteien scheint wesentlich größer zu sein als die Distanz zwischen den rechten Jugendlichen und der SPD. Offensichtlich wird von den eher nach rechts tendierenden Jugendlichen die SPD als staatstragende Regierungspartei akzeptiert. Andererseits ist das starke Ansteigen der Zahl der sich als extrem links einstuftenden Jugendlichen nicht zu übersehen, die SPD wählen wollen.

Mangel an politischem Engagement

Wenn die Absicht, zur Wahl zu gehen, das ausschlaggebende Indiz für politisches Interesse wäre, könnten die politisch Verantwortlichen mit dem Ergebnis der Studie zufrieden sein. 79% der Befragten gaben an, daß sie bei der Bundestagswahl wählen werden bzw. wählen würden, wenn sie schon wahlberechtigt wären. Nur ca. 8% der Jugendlichen geben an, sie würden, wenn sie wahlberechtigt seien bzw. wären, nicht wählen gehen.

Ein ganz anderes, wesentlich problematischeres Bild ergibt sich bei der Frage nach dem *politischen Interesse*. Nur noch 2,6% der Befragten gaben 1979 an, sich sehr stark für Politik zu interessieren (1974: 6,7%); 17,3% bekundeten starkes Interesse (1974: 21,8%); 44,3% gaben an, sich etwas für Politik zu interessieren (wenig Veränderung gegenüber 1974: 46,1%); 25,1% äußerten, kaum Interesse

für Politik zu haben (deutliche Steigerung gegenüber 1974: 18,2%).

Bei den Jugendlichen, die einer bestimmten Partei zuneigen, ist dieser Trend nicht zu beobachten. Zum Teil hat ihr politisches Interesse sogar zugenommen. Dies gilt besonders für Jugendliche mit Neigung zu den Unionsparteien, deren politisches Interesse um ca. 11% zugenommen hat, während die SPD-Neiger etwa gleich stark interessiert sind wie 1974. Ausgesprochen großes Interesse für Politik – mit Werten relativ weit über dem Durchschnitt der Befragten – gaben die Sympathisanten der Umweltparteien an.

Was die Relation zwischen der *Schichtzugehörigkeit* der Jugendlichen und ihrem politischen Interesse betrifft, bestätigt sich das bekannte Bild: Je höher die Stellung der Eltern im sozialen Gefüge ist, desto stärker ist das politische Interesse der Jugendlichen. Jugendliche aus der Arbeiterschicht und aus der unteren Mittelschicht interessieren sich am wenigsten für Politik.

Bei der Frage nach der *Häufigkeit politischer Gespräche* ergeben sich zwischen den Jugendlichen, die mit einer der großen Parteien sympathisieren, nur relativ geringfügige Unterschiede, während die Umweltparteien durch eine sehr rege Teilnahme ihrer potentiellen Wähler an politischen Gesprächen hervortreten. Die Jugendlichen dieser Parteipräferenz nehmen zu 36% sehr häufig bzw. häufig an derartigen Gesprächen teil, während der Befragten-durchschnitt bei nur 19% liegt.

Die *Bereitschaft zu politischen Aktivitäten* ist bei den befragten Jugendlichen nicht eben groß. Zwar erklärten 55,1%, sie würden sich „möglicherweise“ an einer Unterschriftensammlung beteiligen, aber für immerhin 26% ist das bereits eine Aktivität, die „nicht in Frage kommt“; bei der Frage nach der Teilnahme an politischen Diskussionen ist das Verhältnis 46,4 zu 35,2%, bei der nach der Beteiligung an einer genehmigten Demonstration überwiegen mit 49,5 gegenüber 42% bereits die negativen Stellungnahmen. Immerhin schließen 53,9% die Mitarbeit in einer Bürger- oder Wählerinitiative, 44,7% die Mitarbeit in einer Partei nicht aus; aber das erstere kommt für 41,1%, das letztere sogar für jeden zweiten Jugendlichen (50,6%) nicht in Frage.

Angesichts dieser zweifellos als gering zu bewertenden Bereitschaft zu politischer Aktivität kann es kaum überraschen, daß sich die Befragten insgesamt deutlich von *radikaler politischer Agitation* distanzieren. Bei Anhängern der Umweltparteien und extrem Linken ist die Bereitschaft zu radikalen Aktionen allerdings relativ hoch (so geben 20,5% der Sympathisanten der Umweltparteien und 27,3% der extremen Linken an, sie würden sich möglicherweise am Besetzen von Fabriken, Ämtern und anderen Gebäuden beteiligen). Die mehrheitliche Absage an den politischen Radikalismus wird man insofern nicht so eindeutig positiv bewerten dürfen, wie sie an sich ist, als sie weniger auf der Einsicht in die politischen Möglichkeiten

des normalen demokratischen Lebens beruhen dürfte als auf einer verbreiteten *politischen Lethargie*.

Linke leichter mobilisierbar

Der Eindruck solcher Lethargie drängt sich auch und insbesondere bei den Antworten auf, die die Jugendlichen auf die Frage nach ihrer *zukünftigen Rolle im Staat* gegeben haben. Zwar wird von 10 angebotenen Antwortmöglichkeiten am häufigsten „regelmäßiger Wähler“ (69,4%) übernommen – was immerhin nochmals die sich immer wieder äussernde prinzipielle Zustimmung zum System dokumentiert –, aber ansonsten ist die weitaus beliebteste Kategorie der „kritische Beobachter“ (56,8%). Das ist zwar eine in einer offenen, nicht völlig politisierten Gesellschaft sehr ehrenwerte Rolle. Daß in der Häufigkeit dieser Antwort aber auch ein hohes Maß an Distanz verborgen ist, zeigt die Tatsache, daß beachtliche 11,9% die Rolle des „unbeteiligten Zuschauers“ zu spielen gedenken, während nur 13,0% sich als Mitarbeiter in Bürgerinitiativen oder Verbänden und nur 7,4 in Parteien vorstellen können. Nur 3,6% finden eine Funktion als aktiver Politiker auf lokaler Ebene erstrebenswert (auf Landes- oder Bundesebene 0,7%).

Wenn man die Aussagen nach Parteipräferenz bzw. ideologischem Standort der Befragten unterscheidet, ergibt sich das gewohnte Bild der erhöhten Aktivität von linksorientierten oder mit den Umweltparteien sympathisierenden Jugendlichen. Sie sind einerseits sehr kritisch und erklären sich andererseits in überdurchschnittlichem Maß zu aktiver Mitarbeit in Bürgerinitiativen oder Verbänden bereit, ein vergleichsweise hoher Prozentsatz (6,0% bzw. 8,6%) strebt sogar an, Politiker auf lokaler Ebene zu werden. Rechtsorientierte Jugendliche zeigen sich dagegen überdurchschnittlich als kritische Beobachter und sind auch weniger dazu bereit, in Bürgerinitiativen oder Verbänden mitzuwirken. Dagegen sagt ihnen die Mitarbeit in Parteien eher zu.

Bei der Frage nach ihren *staatsbürgerlichen Pflichten* äußerten 17,2% der Jugendlichen die Meinung, es würde eher zuviel von ihnen verlangt; 72,2% meinten, es sei gerade genug, immerhin 7,3% fühlten sich unterfordert. Wenn man den ideologischen Standort der Befragten betrachtet, ergibt sich für die Position „eher zuviel“ eine kontinuierliche Zunahme von extrem rechts über die Mitte nach ganz links. Die extrem linke Position ist bei dieser Antwort genau doppelt so stark wie der Durchschnitt aller Befragten. Bei der Gegenposition „eher zuwenig“ ist ein solcher Trend in diesem Maß nicht zu beobachten. Im Gegenteil: Es zeigt sich, daß sich das Potential der Einsatzbereitschaft für den Staat etwa gleichmäßig auf extrem und gemäßigt linke Jugendliche und auf solche verteilt, die sich der Mitte zurechnen oder die sich als gemäßigt rechts bezeichnen. Für die Altersstufung ist aufschlußreich, daß sich die Positionen „eher zuviel“ und „eher zuwenig“ zwischen den 14jährigen und den 21jährigen jeweils um

4%-Punkte nach oben entwickeln, d. h., die Einschätzung, zuviel bzw. zuwenig gefordert zu werden, wächst linear mit dem Erwachsenwerden.

Anlaß zum Nachdenken

Als auffallendste Ergebnisse der Studie wird man drei Befunde festhalten müssen:

1. Bei den Jugendlichen herrscht ein *außerordentliches Maß an Zufriedenheit* mit dem politischen, sozialen und wirtschaftlichen Leben der Bundesrepublik vor.
2. Im großen und ganzen neigen die Jugendlichen zu *weitgehender politischer Passivität*, was sich in geringer Ausprägung des politischen Interesses, in schwacher Bindung an politische Parteien und in nur bescheidener Bereitschaft zu politischen Aktivitäten ausdrückt.
3. Es gibt innerhalb der jungen Generation ein *beachtliches Protestpotential* von stark links ausgerichteten Jugendlichen (deren Anteil seit 1974 allerdings deutlich zurückgegangen ist) auf der einen und von Sympathisanten der Umweltbewegung bzw. der alternativen Gruppen auf der anderen Seite. Rund 12% der befragten Jugendlichen neigen einer dieser beiden Richtungen zu.

Die Verfasser der Studie selbst werten ihr Ergebnis – gerade auch im Blick auf den niedrigen Grad politischer Beteiligung – als „Normalfall undramatischer Gegebenheiten“, als „schlichte Normalität in stabilen politischen und sozio-ökonomischen Zuständen“. Diese Wertung ist sicher nicht falsch (und als Kontrapunkt gegen die aus den Medien sattsam bekannten Schwarzmalereien sehr berechtigt), aber genauso sicher ein Stück zu optimistisch. Für etwas weniger Optimismus spricht vor allem die seit 1974 eingetretene Entwicklung zu mehr Distanz von der Politik sowie die erhebliche Resonanz der alternativen Gruppen, mit deren wachsendem Einfluß man rechnen muß, weil ihre Anhänger durch überdurchschnittliche Bereitschaft zum Engagement und durch einen größeren Anteil am politischen Kommunikationsprozeß hervortreten. Wenn die Tendenz zur Lethargie einerseits und eine Anti-Strömung andererseits an Quantität und Intensität weiter zunehmen sollten, dann ist es nur eine Frage der Zeit, bis die „undramatischen Gegebenheiten“ sehr wohl dramatisch werden können.

Der Jugendforscher Prof. *Walter Jaide* (Hannover) hat im Anschluß an seine eigenen Untersuchungen zum Thema Jugend und Politik die recht ratlos anmutende Aussage gemacht: „Ein Abmarsch von der Zustimmung in die politische Entfremdung ist nicht erkennbar, aber auch nicht auszuschließen.“ Er darf sich von der Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung bestätigt fühlen. Die politisch Verantwortlichen sollten sie als Bestätigung lieber nicht verstehen. Für sie liefern die Ergebnisse der Studie zwar keinen Anlaß, in Panikstimmung zu verfallen, eine Herausforderung sind sie allemal. Zumindest aber Anlaß zum Nachdenken.

H. G. Koch